



An Herrn Dr. Guido Westerwelle
Bundesaußenminister
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Per Fax vorab

Berlin, Bonn, Göttingen, Stuttgart, 18. Januar 2010

Sehr geehrter Herr Außenminister,

wir sind deutsche Nichtregierungsorganisationen mit langjähriger Erfahrung in der Arbeit im bzw. zum Sudan. Heute wenden wir uns an Sie, um auf die entscheidende Bedeutung hinzuweisen, die das Jahr 2010 für eine friedliche Zukunft dieses größten Flächenstaates Afrikas hat.

Am 9. Januar 2005 wurde das *Comprehensive Peace Agreement* (CPA) zwischen der Regierung des Sudans und der Sudan People's Liberation Movement (SPLM) unterzeichnet. Damit begann eine auf sechseinhalb Jahre angelegte Übergangsperiode. Aktuell sind die Zunahme bewaffneter Auseinandersetzungen im Süden sowie die am 7. Dezember 2009 aufgelösten Demonstrationen in Khartum, bei denen führende SPLM- und andere Politiker verhaftet wurden, deutliche Warnzeichen für ein mögliches Scheitern des CPA. Im April dieses Jahres stehen nun erstmals seit 1986 landesweite demokratische Wahlen an und im Januar 2011 soll das im CPA vereinbarte Referendum des Südens über eine mögliche Unabhängigkeit abgehalten werden. Ein halbes Jahr später, im Juli 2011, endet die Übergangsperiode des CPA.

Ob eine dauerhafte Stabilisierung des Friedens im Sudan gelingt, hängt auch davon ab, ob die relevanten Akteure der internationalen Gemeinschaft 2010 genauso wie in den Jahren vor 2005 zu einer engagierten und koordinierten Politik gegenüber den Parteien im Sudan finden. Andernfalls steigt das Risiko, dass der Sudan erneut in einem brutalen Bürgerkrieg versinkt. Das würde mit hoher Wahrscheinlichkeit weitreichende Folgen für die gesamte fragile Region haben.

Wir wünschen uns deswegen auch von der Bundesregierung und der Europäischen Union im Jahr 2010 einen engagierten politischen Beitrag für die Stabilisierung des Friedens im Sudan. Aus unserer Sicht sind dabei folgende Aspekte wichtig:

- Eine effektive Friedenspolitik muss den gesamten Sudan und die umliegende Region in den Blick nehmen, sie muss zugleich stärker ressortübergreifend und europäisch koordiniert sein. Dazu bedarf es einer Stärkung des Amtes des Sonderbeauftragten der Europäischen Union (EUSR), dessen Unterstützung durch eine/n ressortübergreifende/n deutsche/n Sudan-Beauftragte/n und einer engagierteren gemeinsamen EU-Politik gegenüber dem Tschad, u.a. durch Ausweitung der EUSR-Zuständigkeit auf den Tschad.
- Ein deutliches politisches Engagement zur Umsetzung des CPA ist dringend erforderlich, insbesondere die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses. Das betrifft den Wahlprozess (u.a. durch Entsendung einer EU-Wahlbeobachter-Mission), das Referendum im Süden und die ebenfalls im CPA vereinbarten *popular consultations* in den Übergangsbereichen Blue Nile und Southern Kordofan bzw. das Referendum in Abyei. Die internationale Gemeinschaft muss frühzeitige Vorbereitungen unterstützen und sich mit konkreten Planungen auf verschiedene Ausgangsoptionen vorbereiten. Menschenrechtsverletzungen und die andauernde Geltung repressiver Gesetze müssen deutlich kritisiert werden, im Norden wie im Süden des Sudans.
- Es muss dringend eine umfassende Friedenslösung in Darfur geben, auch durch die Umsetzung des Abkommens vom 13. August 2007 im Tschad sowie der Abkommen von Dakar und Doha, um die Unterstützung der jeweiligen bewaffneten Opposition durch Sudan und Tschad zu beenden. Dazu sind in der EU ernsthafte Gespräche mit Frankreich als mit Abstand einflussreichstem EU-Partner im Tschad und ein EU-Waffenembargo für den Tschad nötig - auch um die Umsetzung des UN-Waffenembargos für Darfur zu unterstützen.
- Die Bundesregierung und die EU sollten den Schutz der Zivilbevölkerung in das Zentrum ihres politischen Handelns stellen. Dieser ist in erster Linie von den Regierenden im Norden wie im Süden entschieden einzufordern. Es betrifft aber auch eine bessere Ausstattung und entsprechend klarere Einsatzregeln für UNMIS und UNAMID. Vor allem braucht es jedoch eine engagierte europäische Initiative bei der Unterstützung der Sicherheitssektorreform und der Polizeiausbildung im gesamten Sudan. Dabei muss insbesondere die demokratische Kontrolle und ethnische Pluralität der aufzubauenden Sicherheitsorgane gefördert werden.
- Von zentraler Bedeutung für die Verbesserung der Sicherheitslage ist auch ein stärkeres und europäisches Engagement bei der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Ex-Kombattanten (DDR-Prozess) im Norden wie im Süden. Das bestehende DDR-Programm im Süden zielt gerade nicht auf diejenigen Gruppen, die an der aktuellen bewaffneten Gewalt maßgeblich beteiligt sind. Es fehlt den DDR-Programmen außerdem insgesamt an Ressourcen und Planungen für erfolgreiche Reintegrationsprogramme. Unabhängig davon müssen die militärischen Aufrüstungsbestrebungen im Norden wie im Süden ganz deutlich kritisiert werden.
- Damit der Frieden im Sudan eine dauerhaft tragfähige Grundlage erhält, muss die Zivilgesellschaft im Sudan politisch gestärkt und ein Dialog- und Aussöhnungsprozess auf allen Ebenen der Gesellschaft, einschließlich der politischen Führungsebene gefördert werden. Dazu ist ein kohärentes und engagiertes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft erforderlich, insbesondere auch durch entsprechendes Engagement und Präsenz der diplomatischen Vertretungen.

- Ein konsequentes und konstantes Eintreten gegenüber den Verantwortlichen im Norden wie im Süden des Sudans für den ungehinderten humanitären Zugang in allen Landesteilen ist gefordert. Dieser wird im Norden wie im Süden immer wieder auch von offizieller Seite behindert. Außerdem müssen dringend Instrumentarien entwickelt werden, damit im Anschluss an die Nothilfe auch im Norden deutsche und europäische Mittel für entwicklungspolitische Projekte in marginalisierten Regionen zur Verfügung stehen und somit Friedensdividenden die Gefahr neuer Gewalt verringern können. Gezielt müssen auch Projekte der zivilen Konfliktprävention gefördert werden.

Abschließend möchten wir den Wunsch äußern, den direkten Dialog zu Sudan, wie er mit der bisherigen politischen Führung des Auswärtigen Amtes bestand, mit Ihnen und Staatsministerin Cornelia Pieper fortzuführen. Über die Möglichkeit eines gemeinsamen Gesprächs in naher Zukunft würden wir uns freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Monika Lücke
Generalsekretärin
Amnesty International Deutschland

Peter Croll
Direktor
Bonn International Center for Conversion

Pfarrerinnen Cornelia Füllkrug-Weitzel
Direktorin
Brot für die Welt

Dr. Claudia Warning
Vorstand internationale Programme
Evangelischer Entwicklungsdienst

Tilman Zülch
Vorsitzender
Gesellschaft für bedrohte Völker

Guido Dost
Leiter Auslandshilfe
Johanniter-Unfall-Hilfe

Paul Bendix
Geschäftsführer
Oxfam Deutschland

Jürgen Menzel
Sprecher
Friedensausschuss der Quäker

Claudia Frank
Koordinatorin
AG Tschad

Dr. Wolfgang Jamann
Generalsekretär
Welthungerhilfe